

II-638 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 334/J

1980 -02- 13

A n f r a g e

der Abgeordneten Marsch, Blecha,
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Beschlagnahme der "Arbeiter-Zeitung"

In der "Arbeiter-Zeitung" vom 13. Feber 1980 erschien auf
Seite 2 unter der Überschrift "Rechten Rand sauberhalten!"
ein Kommentar mit folgendem Wortlaut:



Günter Troder

der kommentar

Ob es die fachliche Inkompetenz eines Richters war oder Sympathie für die politischen Ansichten und Methoden eines Prettereblers, die die Hausdurchsuchung in der Löwelstraße ermöglichten, diese Frage soll hier und jetzt nicht beantwortet werden. Viele Österreicher haben sich darüber zweifellos ohnehin ihre Meinung gebildet. Das zweite sollte man ohne triftige Gründe niemandem unterstellen, über das erste wird nach einem Antrag der SPÖ das zuständige Landesgericht entscheiden.

Dieser Antrag, das sollte mit allem Nachdruck deutlich gemacht werden, bezweckt nicht, für eine Partei eine

die Parteien selbst, auch in härtesten Auseinandersetzungen, bisher wohlweislich vermieden haben, kann schwer anders interpretiert werden, als ein Ausdruck der Verachtung für jene politischen Kräfte, die unser demokratisches Leben wesentlich ausmachen. Derselbe Richtervertreter, des Mund (auch des Herz?) da überging, würde wohl empört aufschreien, wenn es einem Politiker einfiel, seine Standeskollegen mit „Herren Pschisterern“ zu vergleichen. Zu Recht.

Vor allem aber muß man sich auch fragen: Wenn schon so gegenüber Parteien gehandelt und geredet wird, die zweifellos einen gewissen

Rechten Rand sauberhalten!

juristische Sonderstellung zu reklamieren, die sie über andere Organisationen oder den oft zitierten gewöhnlichen Staatsbürger hinaushebt. Er reklamiert lediglich, daß auch Parteien gegenüber die entsprechenden Gesetze und Vorschriften exakt einzuhalten sind.

Soweit könnte man dem Vizepräsidenten der Richtervereinigung, Woratsch, noch folgen, der zum Schutz seines Kollegen Maurer laut „Kurier“ gesagt haben soll, Parteilokale seien Räumlichkeiten wie andere auch. Was Woratsch weiter sagte, ist weniger akzeptabel. „Es ist kein Unterschied, ob eine Hausdurchsuchung beim Herrn Pschisterer, beim Greißler oder bei der SPÖ, ÖVP oder bei der KPÖ durchgeführt wird.“

Keine Partei steht über dem Volk, und hat, nur weil sie eine Partei ist, Anspruch auf besonderen Respekt. Aber jede demokratische Partei, gleich welche, hat Anspruch darauf, nicht in so abfälliger Weise mit einem Herrn Pschisterer verglichen zu werden. Dieser Ton, den gegeneinander anzuschlagen

Einfluß repräsentieren, was hat da der kleine Mann — der Herr Pschisterer —, der sich nur schwer helfen kann, unter Umständen zu gewärtigen? Unabhängigkeit, scheint's, wird da mit Überheblichkeit verwechselt.

Es steigt schon einiges auf aus dem Sumpf, als dessen Blüte der Bundeskanzler Dienstag die Person des Anstoßes identifizierte. Zuviel Lärm um ein paar rechtsradikale Sonderlinge? Um die Personen geht es am wenigsten. Die österreichische Demokratie ist nicht zu blenden vom Talmiglanz eines Kometen am Himmel rechtskonservativer Polithoffnungen, dessen Schweif aus einem langen Vorstrafenregister besteht.

Bedenklich ist, daß es finanzstarke Hintermänner gibt, daß solche Figuren überhaupt nur aus der anhaltenden politischen Ohnmacht der größeren Oppositionspartei möglich werden. Die ÖVP ist zurzeit intensiv mit ihrer Reform beschäftigt. Sie sollte es, schon aus Gründen der politischen Hygiene, nicht verabsäumen, bei dieser Gelegenheit auch ihren rechten Rand zu säubern.

-3-

Auf Antrag eines Privatklägers wurde die "Arbeiter-Zeitung" beschlagnahmt, wobei nachstehende Passagen inkriminiert wurden:

Ob es die fachliche Inkompetenz eines Richters war oder Sympathie für die politischen Ansichten und Methoden eines Pretterebner, die die Hausdurchsuchung in der Löwelstraße ermöglichten,

aus dem Sumpf, als dessen Blüte der Bundeskanzler Dienstag die Person des Anstoßes identifizierte. Zuviel Lärm um ein paar rechtsradikale Sonderlinge? Um die Personen geht es am wenigsten. Die österreichische Demokratie ist nicht zu blenden vom Talmiglanz eines Kometen am Himmel rechtskonservativer Polithoffnungen, dessen Schweif aus einem langen Vorstrafenregister besteht.

Bedenklich ist, daß es finanzstarke Hintermänner gibt, daß solche Figuren überhaupt nur aus der anhaltenden politischen Ohnmacht der größeren Oppositionspartei möglich werden. Die ÖVP ist zurzeit intensiv mit ihrer Reform beschäftigt. Sie sollte es, schon aus Gründen der politischen Hygiene, nicht verabsäumen, bei dieser Gelegenheit auch ihren rechten Rand zu säubern.

- 4 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

A n f r a g e :

Was waren die Gründe für die Inkriminierung der genannten Passagen und für die gerichtliche Beschlagnahme der "Arbeiter-Zeitung"?